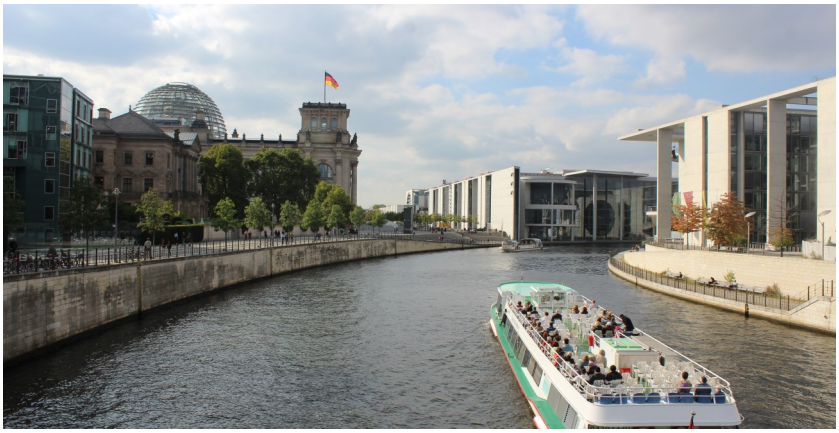


9/2018

ANDREAS LÄMMELS

BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

die Kohlekommission, genauer gesagt die „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" steht. Aufgabe soll sein, den von verschiedenen Seiten geforderten Ausstieg aus der Braunkohleförderung und Braunkohleverstromung sozialverträglich zu organisieren. Vor allem von grüner Seite wird den Bürgern suggeriert, ein Ausstieg ist notwendig, um die Klimaziele zu erreichen. Dieser Ausstieg sei auch gar kein Problem, weder für die Bürger der Reviere noch für die Wirtschaft. Genau das stimmt eben nicht!

Es ist festzuhalten, dass die Braunkohle subventionsfrei und zu niedrigen Preisen einen großen Teil des elektrischen Stroms in unserem Land liefert. Nach wie vor scheint die Sonne nicht immer und es bläst auch nicht zu jeder Tages-und Nachtzeit der notwendige Wind. Die Braunkohle wird also dringend gebraucht, da eine Speicherung von überschüssigem Strom in naher Zukunft nicht stattfinden wird. Erstes ungelöstes Problem.

Zweites Problem: Wegfallende Arbeitsplätze können nicht per staatlichem Dekret durch neue ersetzt werden. Ein Strukturwandel ist ein langwieriger Prozess; das haben wir in den letzten 28 Jahren in Ostdeutschland hautnah erleben können. Für einen Strukturwandel müssen Vorleistungen erbracht werden, in Hinsicht auf die Verkehrsinfrastruktur oder eine gute Bildungs-und Forschungslandschaft. All dies braucht Zeit, Ideen und Geld.

Und Drittens: Die Wertschöpfung aus der Förderung und Verstromung der Kohle, im sächsischen Revier ca. eine Milliarde Euro im Jahr, muss ersetzt werden. Ein Ausstieg aus der Kohle kann ja nicht zur Verarmung einer ganzen Region führen. Die Erfahrungen aus dem Ausstieg aus der Steinkohle lassen mich zu folgenden Schlussfolgerungen kommen: Der Strukturwandel und die Probleme der Energiewende müssen vollzogen und gelöst sein und nicht in Studien stehen. Vorher ist ein Ausstieg nicht realisierbar. Und ein Ausstiegstermin ist das letzte Glied der Kette und heute überhaupt nicht zu bestimmen.

Also, ein toller Auftrag für eine Kommission. Passen wir gemeinsam auf, dass es sich hierbei nicht um das berühmte Feigenblatt handelt.

Ihr

Gesetz zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten (Familiennachzugsneuregelungsgesetz). Der Bundestag beriet in erster Lesung eine Neuregelung des Familiennachzugs. Bereits Anfang dieses Jahres wurde der Anspruch von subsidiär Schutzberechtigten auf Familiennachzug abgeschafft. Festgelegt wurde, dass ab 1. August 2018 nur noch höchstens 1.000 Personen im Monat aus humanitären Gründen zu Personen dieser Schutzgruppe nachziehen können. Mit dem nun beratenen Gesetz erfolgt die Ausgestaltung des begrenzten Familiennachzuges, insbesondere werden Auswahl- und Ausschlussgründe festgelegt. Beim Zuzug zu subsidiär Schutzberechtigten sind Integrationsaspekte und das Kindeswohl besonders zu berücksichtigen. Der Familiennachzug zu Gefährdern ist für sämtliche Familiennachzüge – auch zu anerkannten Flüchtlingen und deutschen Staatsbürgern – kategorisch ausgeschlossen.

Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag. Die Tätigkeit des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages im Jahr 2017. Der Jahresbericht 2017 des Petitionsausschusses enthält statistische Angaben zu Anzahl, Herkunft sowie Inhalt von Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag. Er berichtet zudem über Einzelanliegen aus den verschiedenen Bundesressorts. Im Jahr 2017 erreichten den Ausschuss insgesamt 11.507 Eingaben, rund 200 mehr als im Vorjahr. Inhaltlich entfielen die meisten Petitionen in den Zuständigkeitsbereich des Bundesarbeitsministeriums, gefolgt von den Ressorts Gesundheit und Inneres.

Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Die Unionfraktion stimmte der Bundesratsinitiative zu, bestehende Sonderregelungen für Bürgergesellschaften bei der Ausschreibung von Windanlagen an Land auszusetzen. Die Aussetzung soll bis zum Gebotstermin 1. Juni 2020 gelten. In den bisherigen Ausschreibungen durften Bürgergesellschaften bereits vor Erteilung einer Anlagengenehmigung ein Gebot abgeben. Diese als Ausnahme vorgesehene Privilegierung wurde zur Regel und droht aufgrund von Verzögerungen in der Umsetzung eine Ausbaulücke sowie Arbeitsplatzverluste nach sich zu ziehen.

© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an EUNAVFOR MED Operation SOPHIA. EUNAVFOR MED Operation SOPHIA ist ein wichtiges Element in der Gesamtstrategie der EU zur Bekämpfung der kriminellen Aktivitäten der Menschenschleuser im Mittelmeer. Auch ergänzt der Einsatz deutscher Soldaten die Bemühungen der Bundesregierung, die Länder entlang der Flucht- und Migrationsrouten zu unterstützen, den Schutz und die Grundversorgung von Flüchtlingen und Migranten zu verbessern, Rückkehr und Reintegration in den Herkunftsländern zu fördern sowie die Perspektiven der Menschen in ihren jeweiligen Heimatländern zu stärken. Das Parlament beriet daher den Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung des Mandats bis 30. Juni 2019 bei unveränderter personeller Obergrenze von 950 Soldaten.

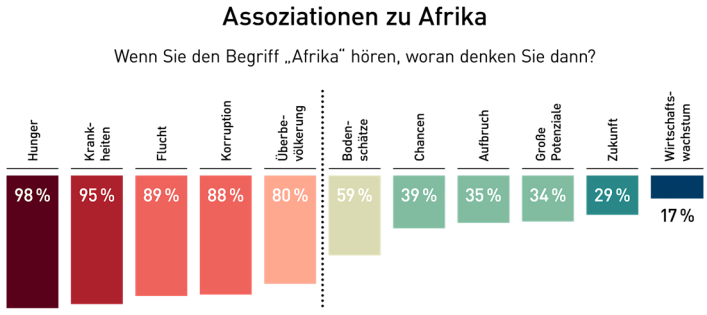
Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes. Vor dem Hintergrund des Atomausstiegs und eines diesbezüglichen Urteils des Bundesverfassungsgerichts beriet der Bundestag in erster Lesung eine Novelle des Atomgesetzes. Das Parlament sorgt für einen entsprechenden Ausgleich für betroffene Energieversorger. Zum einen betrifft das überschüssig produzierte Reststrommengen. Die Betreiber von Kernkraftwerken werden dazu verpflichtet, sich ernsthaft um die Übertragung dieser Strommengen zu bemühen. Andernfalls können sie spätere Ausgleichsansprüche nicht geltend machen. Zum anderen beziehen sich die neuen Regelungen auf möglicherweise angefallene, sogenannte frustrierte Investitionen, also solche, die die Kernkraftbetreiber noch vor dem Atomausstieg 2011 trafen.

MEHR WIRTSCHAFT MIT AFRIKA

Seit Jahren wächst Afrika stärker als die Weltwirtschaft. In der letzten Dekade hat unser Nachbarkontinent die längste Wachstumsperiode seit den 1960 Jahren erlebt. Und nach den Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird das **Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Subsahara-Afrika auch bis 2020 um über 5 Prozent pro Jahr zunehmen**. Afrikas Volkswirtschaften wachsen zunehmend auch wegen der stärkeren Binnennachfrage. Trotzdem hält die Schaffung neuer Arbeitsplätze aber mit dem enormen Bevölkerungswachstum nicht Schritt.

Diese Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent zeigen vor allem eins: **Afrika muss endlich als Chancenkontinent verstanden werden.** Der Wille, eigene Wertschöpfungsketten auszubauen und Produkte vor Ort zu produzieren, ist stark. Die deutsche Wirtschaft ist dabei ein idealer Partner. Unsere Unternehmen und deren Produkte stehen für Spitzentechnologie und Qualität ‚Made in Germany'. Afrikanische Partner schätzen die Verlässlichkeit und Langfristperspektive unseres Engagements. Zudem bilden deutsche Unternehmen ihre Mitarbeiter vor Ort häufig nach dem Vorbild des deutschen dualen Berufsbildungssystems aus und schaffen so dringend benötigtes lokales Know-how.

Die **bisherige Zurückhaltung deutscher Unternehmen** in Afrika erklärt sich durch herausfordernde Rahmenbedingungen, aber auch durch die stark mittelstandsgeprägte deutsche Wirtschaftsstruktur. Im Gegensatz zu internationalen Großunternehmen hat der **Mittelstand** weniger Möglichkeiten, Risiken zu identifizieren, zu streuen und zu managen. Hier braucht die deutsche Wirtschaft die Unterstützung der Politik.



GPI Studie 2017 – Wie die Deutschen Entwicklung und die Zukunft Afrikas sehen
Quelle: Allensbach Archiv, IfD-Umfrage 11078, November 2017, Allensbach am Bodensee

Afrika wird leider noch überwiegen mit Hunger, Krankheiten und Korruption in Verbindung gebracht. Zu wenige Menschen denken bei Afrika an Wirtschaftswachstum und Aufbruch. Hier muss sich auch die Medienberichterstattung dringend ändern!

Die wirtschaftliche Entwicklung des afrikanischen Kontinents ist im letzten Jahr dann auch endlich in den Fokus deutscher wie internationaler politischer Initiativen gerückt. Papiere und Konzepte der unterschiedlichen Ressorts haben dabei die **wichtige Rolle auch der deutschen Privatwirtschaft für eine nachhaltige Entwicklung Afrikas** unterstrichen. Die neue Bundesregierung darf jetzt nicht nachlassen und muss der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Nachbarkontinents höchste Priorität einräumen.

Bisher sind die Programme der Fachressorts zu wenig koordiniert. Daher bedarf es nicht nur der Umsetzung der formulierten Positionen, sondern mehr noch einer **Koordination der Afrika-Initiativen**. Eine tiefer gehende **Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung** gilt es dabei weiter konsequent voranzutreiben. Um das Engagement deutsche Unternehmen auf dem afrikanischen Kontinent weiter zu stärken, muss vor allem auch das nun endlich wieder von der CDU geführte Bundeswirtschaftsministerium noch mehr tun. Die dafür benötigten Mittel müssen aus den Gesamtausgaben für Entwicklungszusammenarbeit geschöpft werden.

Der CDU liegt unser Nachbarkontinent besonders am Herzen. Dabei ist es wichtig, Afrika auf Augenhöhe zu begegnen und nicht nur die reine Entwicklungspolitik ins Zentrum unserer Arbeit zu stellen. Der ganzheitliche Ansatz ist wichtig, um Afrika als Partner zu sehen. Unsere Veranstaltung „Africa meets Business bot wieder die Plattform für diesen Austausch zwischen Wirtschaft und Politik. (SAFRI-PAPIER „Mehr Wirtschaft mit Afrika")

BEGEGNUNGEN

Bereits zum **20. Mal** fand am 1. Juni das **traditionelle Kinderfest der CDU auf dem Münchner Platz** statt. Alle großen und kleinen Kinder waren wieder herzlich willkommen, den Kindertag gemeinsam zu feiern. Organisiert wurde es wie schon in den vergangenen Jahren gemeinsam durch mich, Aline Fiedler MdL und den CDU-Ortsverband im Dresdner Süden.

Pünktlich um 15 Uhr waren bereits zahlreiche Kinder auf dem Platz, um sich **auf der Hüpfburg, beim Torwandschießen, an der Bastelstraße oder am Glücksrad** zu vergnügen. Dabei haben sich unsere Gäste auch nicht vom herannahenden Gewitter mit einigen Schauern abschrecken lassen. Der ganz große Andrang war wetterbedingt dann allerdings doch ausgeblieben. Der gute Zuspruch war aber erneut ein sicheres Zeichen dafür, dass sich das Kinderfest als fester Termin im Dresdner Süden etabliert hat.

Für alle Helfer und Unterstützer waren die vielen glücklichen Kindergesichter Bestätigung und Ansporn für das nächste Jahr. Bleibt nur zu hoffen, dass dann das Wetter wieder etwas besser sein wird.

Am 5. Juni 2018 hieß es zum achten Mal **„Africa meets Business“.** Aufgrund der Regierungsbildung, die ein wenig mehr Zeit in Anspruch genommen hat, kamen wir in diesem Jahr später zusammen als gewohnt. Nichts desto trotz führten wir die schöne Tradition fort. Rund **200 Teilnehmern aus Wirtschaft, Politik und Diplomatischen Corps** folgten wieder der Einladung des Arbeitskreises Afrika der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Ich freute mich ganz besonders, dass **Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier** meiner Einladung folgte und das Wort an die Unternehmer und Botschaftsvertreter richtete.

Seit 2009 ist die Veranstaltungsreihe nun schon Plattform für ein gegenseitiges Kennenlernen. Dabei haben interessierte Unternehmerinnen und Unternehmer die Möglichkeit, direkte Kontakte zu den afrikanischen Botschafterinnen und Botschaftern, verschiedenen Ministerien sowie internationalen Organisationen zu knüpfen. Bestehende Wirtschaftsbeziehungen sollen auf diesem Weg intensiviert und neue initiiert werden.

TERMINE

11.06.2018, Berlin
Besuchergruppe aus dem Wahlkreis
13.06.2018, Berlin
Gespräch mit Parlamentariern der Republik Mosambik
14.06.2018, Berlin
Schülergruppe aus dem Wahlkreis
15.06.2018, Dresden
Kreisparteitag der CDU Dresden

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin , Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943
Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www. facebook.com/laemmelmdb